



Sturm auf Camps

Faschobanden als Stoßtrups in den USA: Polizei lässt extrem rechte Mobs an Universitäten wüten, um Palästina-Solidarität zu zerschlagen. Von Susann Witt-Stahl

SEITE 6

1.400 Probeabos für den Frieden! Siehe Seite 9

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 6. MAI 2024, NR. 105 · 2,10 EURO (DE), 2,40 EURO (AT), 2,80 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Bedrohter Journalist

»Fühlte mich im Stich gelassen.«
3 Marokko gegen Pressefreiheit.
Gespräch mit Ignacio Cembrero

Gefährdete Freiheit

Diskussion in jW-Maigalerie über
4 Kampagnen gegen Palästina-Solidarität nach Kongressverbot

Ewige Chemikalien

Erfolg für Bayer: US-Gericht hebt Urteil
9 zu Schadenersatzforderung wegen PCB-Schädigung auf

Literarisches Jubiläum

50 Jahre »Leben und Abenteuer der
12 Trobadora Beatriz nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura«

Hungersnot in Gaza

Nahost: Israel beharrt auf Fortsetzung des Krieges, Verhandlungen in Sackgasse. UNO fordert Waffenruhe. Ansarollah weiten Angriffe aus. Von Wiebke Diehl

Jetzt ist es mehr als eine Warnung: In einem am Sonntag im TV-Sender der NBC ausgestrahlten Interview spricht die Exekutivdirektorin des Welternährungsprogramms (WFP), Cindy McCain, erstmals von einer »ausgewachsenen Hungersnot« im Norden des Gazastreifens, die sich in den Süden ausbreite. Diesen Schluss ziehe sie aus Berichten von Mitarbeitern ihrer Organisation, wenn auch offiziell noch keine Hungersnot in der Küstenenklave erklärt worden sei. Es sei, so McCain, dringend zu hoffen, dass eine baldige Waffenruhe ausgehandelt werde, um die Bevölkerung der Küstenenklave mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Medikamenten und sanitären Einrichtungen versorgen zu können.

Ob es dazu kommt, bleibt allerdings unsicher. Am Sonntag bekräftigte Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ein weiteres Mal seine Ablehnung eines Kriegsendes im Gazastreifen, nachdem er am Dienstag erklärt hatte, die Offensive auf Rafah komme »mit oder ohne Deal«. Israel halte an seinem unabdingbaren Ziel fest, die Hamas zu entmachten. »Eine Kapitulation gegenüber den Forderungen der Hamas wäre eine furchtbare Niederlage für den Staat Israel«, so Netanjahu in einer am Sonntag ausgestrahlten Videobotschaft. Er stößt damit auch die Angehörigen und Unterstützer der etwa 130 verbliebenen Geiseln vor den Kopf, die am Samstag in Tel Aviv erneut ein Waffenstillstandsabkommen forderten und eine Rafah-Offensive als »Todesurteil« für die Geiseln bezeichneten. Auch wurden Rufe nach Neuwahlen laut. Die Hamas wiederholte ihre Position, »unter keinen Umständen« einem Abkommen zuzustimmen,



Gefährlicher Mangel an Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Medikamenten: Familie zwischen Trümmern in Gaza-Stadt

das nicht ausdrücklich ein Ende des Kriegs mit inzwischen 34.700 Toten und den Abzug der israelischen Truppen vorsehe.

Ebenfalls am Sonntag beschloss das israelische Kabinett, wie Netanjahu im Onlinedienst X erklärte, einstimmig die sofortige Schließung des katarischen Senders *Al-Dschasira* in Israel, weil er laut Kommunikationsminister Schlomo Karhi die »Sicherheit« des Landes gefährde. Anfang April hatte das israelische Parlament mit großer Mehrheit ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Seit Beginn des Gazakriegs wurden in dem Küstenstreifen laut »Reporter ohne Grenzen« über

105 Journalisten durch israelische Angriffe getötet, während sie israelische Kriegsverbrechen filmten oder darüber berichteten.

Derweil haben am Freitag die jemenitischen Ansarollah »(Huthis«) angekündigt, ihre Angriffe auf Schiffe mit Israel-Bezug, die weder die US-geführte Marinemission »Wächter des Wohlstands«, noch die EU-Mission »Eunavfor Aspides« signifikant eindämmen konnten, auf das Mittelmeer auszuweiten. Auch der »Islamische Widerstand im Irak« greift regelmäßig israelische Häfen an, und am Donnerstag gab die schiitisch-bahrainische Gruppe »Sara-ja Al-Aschtar« (Al-Aschtar-Brigaden)

bekannt, erstmals mit Drohnen auf den Hafen von Eilat gezielt zu haben. Der griechische Eunavfor-Aspides-Kommandeur Vasileios Gryparis beklagt laut *Spiegel*, über zu wenige Kriegsschiffe zu verfügen. Am 29. April sei es den Ansarollah gelungen, die Flugabwehr der Mission durch einen Drohenschwarm zu überwinden. Er benötige zehn statt der nach dem geplanten Abzug der deutschen Fregatte »Hessen«, die im August durch die Fregatte »Hamburg« ersetzt werden soll, drei Schiffe. Zudem soll eine Ausweitung des Mandats auf die Eindämmung von Waffenlieferungen an die Ansarollah im Gespräch sein.

Russland rückt im Donbass weiter vor



Kiew. Die russische Armee hat am Wochenende die vollständige Kontrolle über eine weitere Ortschaft im ostukrainischen Gebiet Donezk erlangt. Durch die Einnahme von Otscheretina sei die eigene taktische Lage verbessert worden, teilte das Verteidigungsministerium in Moskau am Sonntag mit. Beobachter gehen davon aus, dass Russland nun in die nahegelegene Stadt Tschassiw Jar vorrücken will. Unterdessen rief der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskiy die Bevölkerung seines Landes anlässlich des orthodoxen Osterfestes am Sonntag in einem auf Telegram verbreiteten Video zur Einheit auf – und zeigte sich trotz der jüngsten Rückschläge siegesgewiss. Der russische Präsident Wladimir Putin nahm seinerseits am Sonntag am zentralen Gottesdienst in Moskau teil, bei dem Kirchenoberhaupt Kirill für den Schutz der »heiligen Grenzen« Russlands betete. (Reuters/jW)

Minister: Ukraine bei Rekrutierung helfen

Berlin. Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) hat sich für die Beihilfe Deutschlands bei der Zwangsrekrutierung ukrainischer Kriegsdienstverweigerer ausgesprochen. So könnten »wir daran mitwirken, dass die Ukraine auf Männer, die ins Ausland geflohen sind, die aber im Krieg eingesetzt werden können, zurückgreifen kann«, sagte der CDU-Politiker dem »Bericht aus Berlin« laut ARD-Vorabbericht vom Sonntag. Man müsse jedoch rechtsstaatliche Prinzipien wahren und ihnen Vorrang geben, auch wenn sie ukrainischen Interessen entgegenstünden, erklärte Poseck. Es müsse eine einheitliche Haltung bei Bund und Ländern geben. »Denn das Thema ist dringend. Das Thema ist drängend«, betonte er. »Binnen weniger Tage und Wochen wird es da Ergebnisse geben.« Am Dienstag soll die Innenministerkonferenz laut ARD-Informationen darüber beraten. (Reuters/jW)

Infrastruktur bleibt Sanierungsfall

Bericht: Zahl maroder Straßen, Gleise und Brücken steigt oder ist weiter hoch

Die Infrastruktur in Deutschland verfällt immer weiter, die Sanierung geht nicht schnell genug voran. Das geht aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) hervor, aus dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (RND) am Sonntag zitierte. Demnach wurden bei der jüngsten Zustandserfassung aus den Jahren 2021 und 2022 insgesamt 7.112 Kilometer Autobahnfahrstreifen als sanierungsbedürftig eingestuft. Bei der letzten

Erfassung 2017/18 waren es »lediglich« 5.797 Kilometer.

Eine ähnliche Entwicklung gab es den Angaben zufolge beim heimischen Schienennetz. Demnach stieg die Zahl der Bahnbrücken, die durch einen Neubau ersetzt werden müssen, zwischen 2021 und 2023 von 1.089 auf 1.160 – und das trotz laufender Sanierungsarbeiten. Der Umfang der Bahnstrecken, die dringend überholt werden müssten, wuchs in diesem Zeitraum laut RND von 17.529 auf 17.636 Kilometer.

Auch bei Autobahnbrücken sieht

es nicht besser aus. Hier gab das Bundesverkehrsministerium demnach die Zahl der zu sanierenden Bauwerke weiterhin mit 8.000 an – wies aber gleichzeitig auf insgesamt 510 abgeschlossene Modernisierungen im Zeitraum zwischen 2021 und 2023.

Die deutsche Verkehrsinfrastruktur sei ein riesiger Sanierungsfall. »Ob Schienen, Brücken oder Straßen: Die Zahlen werden eher schlechter als besser. Das Sanierungstempo reicht nicht aus, um den Verfall zu stoppen«, kommentierte

Parteichefin Sahra Wagenknecht den Zustand derart wichtiger Teile der Infrastruktur laut RND. Sie warf der Bundesregierung vor, dass sich in den vergangenen beiden Jahren die Lage weiter verschlechtert habe. Die maßgebliche Schuld trage aber die Union. »CDU und CSU sind die Hauptverantwortlichen dafür, dass Straßen, Brücken und Schienen heruntergewirtschaftet wurden«, kritisierte Wagenknecht, mit Bezug auf deren Zeit als führende Regierungspartei in den 16 Merkel-Jahren.

Klaus Fischer

jW wird herausgegeben von
2.751 Genossinnen und Genossen (Stand 24.4.2024)
www.jungewelt.de/lpg

